

II-8104 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 41381J

1989 -07- 07

A N F R A G E

des Abgeordneten Dr. Frischenschlager und Genossen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend geheimnisvolle - Akten

Im Profil (Nr. 25/19. Juni 1989) finden sich u.a. drei Sachverhaltsdarstellungen.

- 1) "1983 fand die Übergabe des Verteidigungsministeriums vom SPöler Otto Rösch an den Freiheitlichen Friedhelm Frischenschlager statt. Das HNA - auch darüber gibt es im Abwehramt entsprechende Akten - legt Wert darauf, daß der neue Minister auch über alle vertraulichen Details des Bundesheeres informiert wird: Über die Fernmeldeaufklärung, über Agentennetz im Ausland, über Akt Lütgendorf, über Proksch und über jene zahllosen Geheimnisse über die ein Minister seinen Nachfolger informieren sollte.

Rösch versprach, diese Information im Vieraugengespräch an Frischenschlager weiterzugeben. Es kam aber nie dazu: Als Frischenschlager zur Amtsübernahme erschien, befand sich an seiner Seite ein von der FPÖ als Vertrauensmann bezogener ORF-Mitarbeiter. Rösch unterließ es deshalb, seinen Nachfolger über die Geheimnisse zu informieren."

- 2) "Frischenschlager fühlte sich von diesem Zeitpunkt an - sogar darüber gibt es im Abwehramt Amtsdossiers - vom HNA bespitzelt. Die Heeresagenten nahmen das eher belustigt zur Kenntnis, denn keiner dachte ernsthaft daran, das Privatleben des eigenen Ministers zu observieren. Mit großem Trara wurde aber vermerkt, daß "Frischi" immer deprimierter wurde, weil er sich von Spionen umzingelt fühlte: Grund genug für die Heeresagenten, über des Ministers drollige Depressionenachsen anzulegen."

- 3) In diesem Artikel also wird die Behauptung aufgestellt, daß im Abwehramt über die genannten angeblichen Vorgänge "Akten" und "Dossiers" vorhanden seien. In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Ihnen die oben angeführten Akten und Dossiers bekannt?
- 2) Wenn ja, sind Sie bereit, diese den Parlamentariern zugänglich zu machen?

Wien, den 7. Juli 1989